

KOMMENTAR



Wahl ist eine Zäsur

Politische Verhältnisse sind instabiler geworden

► WERNER KOLHOFF

Angela Merkel gewinnt zum vierten Mal. Aber die Kanzlerfrage war im Grunde schon seit Mai entschieden, als die SPD alle Landtagswahlen verloren hatte und Martin Schulz damit seinen Schwung. Warum auch ein Wechsel an der Spitze, wenn es den meisten im Land doch gut geht? „Weiter so“ war das vorherrschende Motiv bei dieser Bundestagswahl. Und doch geht nichts so weiter. Der Bundestag ist nun ein Sieben-Parteien-Parlament mit einer neuen, erschreckend starken Rechtspartei. Die Regierungsbildung wird schwierig. Und die Volksparteien erodieren.

Große Zeit der SPD vorbei

Das zeigt sich vor allem bei der SPD. Sie verdient die Bezeichnung Volkspartei jetzt fast schon nicht mehr. Es gibt zwei Gründe für ihr Desaster: zum einen die Spaltung des linken politischen Lagers, die nicht mehr rückgängig zu machen ist; zum anderen die Tatsache, dass die gesellschaftliche Basis für eine Sozialdemokratie klassischer Prägung zusammengeschmolzen ist. Die SPD hat ihre große Zeit gehabt, und die kommt auch nicht wieder.

Die Union feiert, doch ist es ein Pyrrhussieg. Rund 33 Prozent sind ein historisch schlechtes Ergebnis, zumal ein Teil der Stimmen gar nicht der Partei an sich galt, sondern der Kanzlerin als Garantin des „Weiter so“. Wenn Merkel abtritt – spätestens zum Ende der neuen Legislaturperiode – steht auch die Union vor den neuen Realitäten. Etlliche katastrophale Landtagswahlergebnisse haben in der Vergangenheit bereits einen Vorgeschmack darauf gegeben, was passieren kann. Auch CDU/CSU ent-

schwinden die angestammten Milieus; zudem ist die Union unter Angela Merkel immer kontinuierlicher geworden.

Dass diese Wahl eine Zäsur bedeutet, zeigt am deutlichsten das Ergebnis der AfD. Sie ist nicht trotz wohlkalkulierter rechtsextrimer Ausfälle ihres Spitzenpersonals so stark geworden – sondern wegen ihnen. Das ist die negative Sensation dieses Wahlsonntags. Auch die bisher noch verschämten Anhänger dieser Partei haben sich in der Wahlkabine „getraut“, das Kreuz bei den Rechtsnationalen zu machen. Die Scham ist vorbei. Diese Partei verschwindet so schnell nicht wieder.

Nach Jahrzehnten der politischen Stabilität in Deutschland wird die Regierungsbildung nun zum ersten Mal außerordentlich schwierig. Eine erneute große Koalition würde ohnehin ihren Namen nicht mehr verdienen. Gut, dass die SPD so schnell entschieden hat, in die Opposition zu gehen. Das war auch eine Frage der Selbstachtung, denn es gibt eine andere Mehrheit – die Viererkoalition zwischen CDU, CSU, Grünen und FDP. Das ist eine enorme politische Spannweite. Ein solches Bündnis wird eine höchst wackelige Angelegenheit. Und es besteht die große Gefahr, dass wichtige Zukunftsthemen von ihm ausgeklammert werden, um den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Und doch muss dieser Weg wenigstens versucht werden.

In der Gesamtschau lässt sich sagen: Diese Wahl hat eine Kanzlerin bestätigt. Aber das Land nicht vorangebracht. Im Gegenteil. Die politischen Verhältnisse in Deutschland sind mit diesem Sonntag deutlich instabiler geworden.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

BUNDESPRÄSIDENT IN DER WARTESCHLANGE



Kein Promibonus: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (r.) und seine Frau Elke Büdenbender (2. v. r.) warten mit anderen in ihrem Wahllokal in Berlin-Zehlendorf darauf, ihre Stimme abzugeben. Foto: dpa

KURZ GEFRAGT

„Merkel kann mit jedem“



► OSKAR NIEDERMAYER
Politikwissenschaftler

Ist der Einzug der AfD in den Bundestag ein Einschnitt?

Niedermayer: Ja. Seit den 1950er Jahren war keine Partei rechts von der Union im Bundestag. Das wird zwar keine Auswirkung auf die reale Politik der Bundesrepublik haben, aber auf die Art und Weise, wie man im Bundestag miteinander umgeht.

Die Partei ist drittstärkste Kraft geworden. Was bedeutet das?

Niedermayer: Das bedeutet zunächst einmal nur etwas Symbolisches. Wenn es eine große Koalition geben würde, wäre sie allerdings auch Oppositionsführerin und hätte bestimmte Rechte im Bundestag. Tatsächliche politische Gestaltungsmöglichkeiten hätte sie aber auch dann nicht.

Braucht die SPD jetzt einen persönlichen Umbruch?

Niedermayer: Ja. Der Absturz der

SPD nach dem kurzen Schulz-Hype ist allerdings nicht allein auf Martin Schulz zurückzuführen. Da gibt es eine ganze Reihe anderer Gründe. Aber sein Hauptfehler war, kein Regierungssamt anzunehmen. Man sieht das an Sigmar Gabriel, der als Außenminister mit seiner starken Medienpräsenz deutlich an Beliebtheit gewonnen hat. Deshalb konnte er Schulz die Schau stehlen.

Die CDU hat Verluste. Wann gibt es eine Merkel-Debatte?

Niedermayer: Die Union hat zwar nicht ihr Traumbergebnis von 2013 erreicht. Sie kann aber zufrieden sein; sie kann weiter regieren. Deswegen wird es erst dann eine Merkel-Debatte geben, wenn sich die Legislatur dem Ende entgegen neigt. Dass Merkel noch mal antritt, ist unwahrscheinlich.

Wie sehen Sie eine Jamaika-Koalition?

Niedermayer: Frau Merkel kann sowieso mit jedem. Das Problem ist, dass Grüne, FDP und CSU zum Ende des Wahlkampfes sehr hohe Hürden aufgestellt haben. Über die müssen sie nun hinwegkommen. **Hagen Strauss**



Euphorie sieht anders aus: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) steht in der Parteizentrale der CDU auf der Bühne. Sie bleibt Kanzlerin, doch die Partei schneidet so schlecht ab wie seit 1949 nicht. Foto: dpa

Union ist nur ein wenig verzückt

Drastische Einbußen, aber immer noch vorn: Die Wähler versetzen CDU und CSU einen Kinnhaken. Kanzlerin Angela Merkel beansprucht die Führung weiter für sich. In Bayern ringt man um Fassung.

VON HAGEN STRAUSS, SASCHA MEYER UND MARCO HADEM

Berlin. „Angie“, „Angie“, „Angie“ jubeln sie im Konrad-Adenauer-Haus der CDU frenetisch. Angela Merkel wirkt ein wenig verzückt von der Begeisterung, die ihr entgegen schlägt. Dabei ist sie keine strahlende Siegerin mehr. Anders als bei der Bundestagswahl vor vier Jahren, bei der die Union die 40-Prozent-Marke knackte. Manch einer in der Parteizentrale ist sogar regelrecht erobert angesichts der Jubelstürme von Merksls jungen Helfern.

Verhaltene Freude

Es ist 18.49 Uhr, als die Kanzlerin unten im Foyer die Bühne betritt, umringt von anderen CDU-Spitzen. Im Präsidiumszimmer im fünften Stock hat man gemeinsam die Prognosen und Hochrechnungen verfolgt. Es gibt Kuchen und Käse. Bereits um 17.10 Uhr ist Merkel mit ihrer Kolonne in die Tiefgarage eingefahren, die Zelte rund um das Gebäude platzen da schon aus allen Nähten. 2000 Gäste feiern – und viele leiden auch.

Zu diesem Zeitpunkt ahnt Merkel zwar schon, dass die Union Verluste erleiden wird, doch dass die Einbußen so herbe sein würden, weiß sie nicht. Die CDU-Chefin ruft später ihren Anhängern zu: „Natürlich haben wir ein wenig ein besseres Ergebnis erhofft.“ Aber man habe die „strategischen Ziele“ bei der Bundestagswahl er-

reicht. Die Union sei stärkste Partei, man werde die Regierung bilden, und niemand könne gegen CDU und CSU regieren. Auch sei ein solches Ergebnis nach zwölf Regierungsjahren nicht schlecht. Nüchterner kann man einen Wahlausgang wohl nicht erklären.

War Merksls gewohnter Titelverteidiger-Wahlkampf diesmal zu defensiv? War es die Flüchtlingspolitik, die zu viele in den eigenen Reihen von der Kanzlerin entfremdete? Dabei hatte das Reizthema lange keine sehr prominente Rolle im Wahlkampf gespielt. Die Kanzlerin sprach meist nur davon, dass sich „das Jahr 2015“ nicht wiederholen solle. Bei großen Kundgebungen schlugen ihr teils wütende Proteste entgegen. Auch aus Gruppen, die zu „Hau-ab“-Rufen Plakate der AfD schwenkten.

Kurz vorher hat freilich CSU-Chef Horst Seehofer schon seine Pfeile von München nach Berlin gefeuert: „Wir werden die Dinge genau betrachten“, droht er. Seine Partei ist in Bayern unter die 40 Prozent gerutscht. Schnell kommen bei der CSU Personaldebatten auf. Seehofer dürften trotz des historisch schlechten Ergebnisses mindestens zwei Dinge schützen: Schon in einem Jahr steht in Bayern die Landtagswahl an. Ein Machtwechsel so kurz vor der Wahl würde nicht nur innerparteilich viel Unruhe mit sich bringen

und könnte die CSU viele Stimmen kosten.

„Es gibt nichts schönzureden“, gesteht Seehofer. Die Union „hat eine Flanke auf der rechten Seite, eine offene Flanke“. Genutzt habe dies der AfD. Mit „klarer Kante“ und „klaren Positionen“ müsse

„Natürlich haben wir ein wenig ein besseres Ergebnis erhofft.“

ANGELA MERKEL (CDU), KANZLERIN

man nun darauf reagieren. Seehofers Ärger ist auch an den Bildschirmen in der CDU-Zentrale spürbar. Man werde keine „falschen Kompromisse mehr eingehen, die die Spaltung des Landes vorantreiben“, ätzt er noch. Die Kanzlerin wird sich in den nächsten Wochen warm anziehen müssen. Mal wieder.

Da nutzt es auch nichts, dass ihre Getreuen wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet erklären, das Abschneiden der Union habe weniger etwas mit der Flüchtlingspolitik zu tun als damit, „dass viele schon gedacht haben, Angela Merkel hat sowieso gewonnen“. Hilfslosigkeit klingt da mit.

„Ganz schön happig“, sagt indes ein anderer, „ich kann gar nicht verstehen, warum hier so viel gejubelt wird. Das ist eine Klatsche.“ Wohl wahr: Das Ergebnis

der Union von knapp 33 Prozent ist das schlechteste bei einer Bundestagswahl seit 1949. Und dann auch noch das zweistellige Abschneiden der AfD. Dem ein oder anderen bleiben Matjes und Currywurst im Hals stecken.

Tatsächlich wanderten nach Analysen der Wahlforscher erhebliche Wählerstimmen von der Union zur AfD. Merkel betont jedenfalls, man wolle die Wähler der AfD zurückgewinnen, und das „vor allem durch gute Politik“ in den nächsten vier Jahren. Ob das reicht, muss bezweifelt werden.

Und dann stellt sich auch noch die Frage, mit wem sie regieren will. Die SPD will nicht mehr in die große Koalition, doch bei der CDU halten dies viele für einen Trick. Ja-

DIE WAHL



maika wäre nicht nur inhaltlich schwierig, sondern brächte auch personelle Unwägbarkeiten mit sich. Was etwa würde aus Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), wenn FDP oder Grüne das Ressort für sich beanspruchen würden? Wenn Jamaika mit Grünen und FDP nicht funktionieren würde, werde sich die SPD bitten lassen, „und dann schön die Preise hochtreiben“, glaubt einer. Abwarten.

Zurück im Bundestag: Lindner hat es geschafft

Jubel mit bitterem Beigeschmack: FDP wird nicht drittstärkste Kraft. Jamaika ist eher Bürde als Option.

VON RUPPERT MAYR

Berlin. Christian Lindner und die FDP haben ein grandioses Comeback hingelegt. Mit einem ordentlichen Stimmenpolster von zehn Prozent plus ziehen die Liberalen nach vier Jahren Abstinenz wieder in den Bundestag ein. Und mehr noch: Wenn es nicht wieder eine große Koalition geben soll, und das hat die SPD bereits ausgeschlossen, haben die Liberalen bei einer Regierungsbildung ein gewichtiges Wörtchen mitzureden.

„Die Menschen haben uns ein Comeback ermöglicht“, sagte Lindner in Feierlaune. Dem Jubel in der Parteizentrale der FDP in Berlin – rund 1500 Menschen waren gekommen – war aber ein bitterer Beigeschmack beigemischt: durch das Abschneiden der AfD. Sie erobert mit gut 13 Prozent auf Anhieb Platz 3. Den Liberalen bleibt der vierte Rang und die Aussicht auf Jamaika. Doch auch dieses Bündnis mit Union und Grünen ist kein Selbstläufer. Die Liberalen schnitten um einen Prozentpunkt besser ab als die Grünen, die nach den ersten Hochrechnungen bei 9,5 Prozent lagen. FDP-Vize Wolfgang Kubicki sagte, das Grü-

nen-Ergebnis sei – Gott sei Dank – nicht so schlecht ausgefallen wie vorhergesagt. Jetzt müsse die Grünen-Führung zusehen, ob sie eine Koalition mit CDU/CSU und FDP hinkomme.

Auch für die Liberalen ist das kein leichter Schritt. Vielen klingt noch das Hohngelächter gerade des linken Parteiflügels der Grünen in den Ohren, als die FDP vor vier Jahren aus dem Bundestag flog. FDP-Chef Lindner hatte kurz vor der Wahl nochmals deutlich

gemacht, was er unbedingt umgesetzt haben will: Kein Ende des Verbrennungsmotors – und schon gar nicht bis 2030, wie die Grünen das wollen. Zudem will er endlich ein Einwanderungsgesetz und keine Schuldenvergemeinschaft im Euroraum. Das scheint nicht unzumutbar. Das könnte auch ein bisschen eine Frage der Formulierung werden. Die Grünen sind aber nicht das einzige Problem. Auch die Union und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sind an-



Ab nach Berlin: Christian Lindner will FDP-Fraktionsführer werden und hat angekündigt, sein Landtagsmandat in NRW bald abzugeben. Foto: dpa

geschlagen. Dies könnte die Verhandlungen mit der CSU schwierig gestalten. Kann die FDP also den Preis für Jamaika hochtreiben? „Wir sind nicht zum Regieren bereit, politische Verantwortung zu übernehmen“, sagte Lindner.

Eine wichtige Personalentscheidung in der liberalen Führungscrew ist bereits gefallen: FDP-Chef Lindner wird Fraktionschef. Ambitionen hatte auch Kubicki. Damit könnte auf diesen nun, gegen seinen Willen, der schwierige Part des Vize-Kanzlers im Kabinett Merkel zukommen. Lindner sieht die besten Chancen, seine Partei zu führen, außerhalb der Kabinettsdisziplin. Denn bei allem gilt es, die FDP so aufzustellen, dass 2021 nicht wieder der Rauswurf aus dem Bundestag droht. „Nach einem Scheitern ist ein Neuanfang möglich“, sagte Lindner. „Der Erneuerungsprozess der FDP ist nicht abgeschlossen. Ab morgen wird gearbeitet.“ Die neuen Bundestagsabgeordneten der FDP treffen sich bereits heute Nachmittag zu ihrer ersten Sitzung, noch in ihrer Parteizentrale, weil ihre Plätze im Plenum erst wieder eingerichtet werden müssen.